

Krise der Autorität

Juncker und de Maizière beim CDU-CSU-Freundeskreis

Luxemburg. „Ein Politiker muss überall schlafen, schnell essen und auch im Auto arbeiten können“, so ein scherzhafter Thomas de Maizière gestern beim Arbeitsfrühstück mit dem CDU-CSU-Freundeskreis in Luxemburg. Auch Premier Jean-Claude Juncker, Ministerin Octavie Modert und der deutsche Botschafter in Luxemburg, Hubertus von Morr, verfolgten den Vortrag des deutschen Innenministers. De Maizière sprach von einer „ernsten Lage“ in Deutschland und in Europa. Kritisch beleuchtete der CDU-Mann den „Hupe“ um die Popsängerin Lena oder um „das Knie von Ballack“: „Eigentlich ist dies alles nur Ablenkung von einer Krise der Autorität in unserer Ge-

sellschaft“. So sei auch eine Zunahme der Intensität von Gewalt in der Gesellschaft oder das Problem eines „gezielten Komasaufens“, das dem Minister eigentlich mehr Sorgen macht als die harte Drogenproblematik, zu sehen.

Geopolitisch müsse sich Deutschland seiner Mittellage und somit auch seiner Verantwortung in Europa immer bewusst sein. „Deshalb versuchen wir auch konstruktiv mitzuverhandeln – etwa bei einer klugen Migrationssteuerung. Nach der Wiedervereinigung nehme Berlin seine nationalen Interessen „kraftvoller“ wahr. Auch weiterhin werde man Widerspruch gegen eine Erhöhung der Nettozahlungen einlegen. (ari)



Thomas de Maizière mit Jean-Claude Juncker.

(FOTO: MICHEL BRUMAT)

„Es gibt keine Koalitions- und keine Kanzlerkrise“

De Maizière: „Swift-Abkommen dient europäischer und amerikanischer Sicherheit gleichermaßen“

INTERVIEW: ADY RICHARD

Der deutsche Innenminister Thomas de Maizière sieht schwere Zeiten für die Autorität in der Gesellschaft kommen. Dabei sei Autorität heute wichtiger als früher. Eine Berliner Koalitions- oder Kanzlerkrise gebe es hingegen nicht. Die Finalitätsdebatte will de Maizière in eine Subsidiaritätsdebatte umwandeln. Und in Sachen Swift sieht der Schäuble-Nachfolger sowohl einen Mehrwert für Amerika als auch für Europa.

■ Herr Minister, Deutschland, Europa, selbst das politische Berlin wurden überrascht vom Rücktritt des deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler. Sehen Sie diesen Rücktritt auch im Prisma einer generellen Krise der Autorität in der Gesellschaft?

Wenn die oberste politische Autorität eines Landes zurücktritt, dann stellt sich die Frage nach dem „Warum“. Und die möchte ich aus Respekt vor Herrn Köhler jetzt nicht weiter beantworten. Aber umso wichtiger ist es, schnell wieder eine Autorität zu gewinnen, die für ganz Deutschland sprechen kann.

■ Und darüber hinaus?

Es gibt daneben auch kritische Fragen an andere Autoritäten: ich denke etwa an die Kirchen und auch an andere, wichtige Institutionen. Es ist in einer pluralistischen Gesellschaft schwieriger als früher, mit „auctoritas“, also allein mit dem Ansehen und durch die Kraft des

Wortes so zu wirken, dass es eine Gesellschaft zusammenhält. Das ist eine wichtige Aufgabe. Und sie ist in Deutschland wichtiger als noch vor einigen Jahren.

■ „Merkel sucht das Glück“ schreibt der „Spiegel“. Beobachter sprechen nach dem Köhler- und dem Koch-Rücktritt gar von einer Krise der Koalition oder der Kanzlerin. Sehen Sie als Merkel-Vertrauter eine solche Krise auch?

Nein! Es gibt keine Koalitions- und keine Kanzlerkrise. Es gibt allerdings schwierige Aufgaben. Ein Teil davon war vorhersehbar: Ich denke an die Haushaltskonsolidierung. Ein anderer Teil war nicht vorhersehbar: Hier ist vor allem die Euro- und Finanzkrise zu nennen. Eine Regierung kann nicht davon ausgehen, dass sie nur in guten Zeiten regieren kann. Sie muss sich auch in schwierigen Zeiten bewähren. Und das wird sie auch tun.

■ Ein zentraler Punkt bei den Beratungen der Innen- und Justizminister gestern und heute auf Kirchberg ist die Sicherheit in ihren verschiedensten Dimensionen. Dabei geht es immer auch um die sogenannte Souveränitätsfrage. Um das, was man im Deutschen als Hoheitsfragen bezeichnet. Wird diese Souveränität in der Europäischen Union nicht zunehmend durch die Sicherheitspolitik zerfasert?

Sie sprechen hier die sogenannte Finalitätsfrage der Europäischen Union an. Ist das, was wir tun der

Weg zu einem europäischen Bundesstaat, zu einem Staatenbund oder ist es noch etwas anderes? Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum Vertrag von Lisabon gesagt, dass der Weg hin zu einem europäischen Bundesstaat mit der deutschen Verfassung nicht vereinbar ist. Deshalb ist aus deutscher Sicht diese Finalitätsdebatte beendet. Gleichwohl ist aber auch das deutsche Grundgesetz integrationsfreundlich und auch auf Integration angelegt.

■ Und welches Kriterium wenden Sie dabei an?

Für uns ist das entscheidende Kriterium der europäische Mehrwert. Wenn etwas in Europa besser gemacht werden kann als in den Nationalstaaten, dann soll es in Europa gemacht werden. Wenn es aber nicht besser gemacht werden kann in Europa, dann sollte Europa auch die Finger davon lassen. Man kann das auch Subsidiarität nennen. Das ist, so glaube ich, ein Weg, der in die Zukunft führt.

■ Welchen europäischen Mehrwert sehen Sie denn in der umstrittenen Swift-Regelung?

Der Mehrwert eines Swift-Abkommens, das auch die Grundrechte wahrt, ist eine Übersicht über die Finanzierung des internationalen Terrors. Ein solches Abkommen dient der europäischen und der amerikanischen Sicherheit gleichermaßen.



Thomas de Maizière zur Finalität der EU: „Für uns ist das entscheidende Kriterium der europäische Mehrwert.“ (FOTO: M. BRUMAT)